

Der Senat kämpft um tausend Arbeitsplätze

Hamburger Abendblatt 4. März 1968

Sonderberatung über „Fall Kampnagel“

Eigener Bericht

ga. Hamburg, 4. März
Die Hamburger Senatoren beraten heute über den „Fall Kampnagel“. Der Senat, der von der beabsichtigten Stilllegung der Produktion des 1200-Mann-Betriebes in Barmbek genauso überrascht worden war wie die Belegschaft und das Arbeitsamt, möchte die gefährdeten Arbeitsplätze retten.



Bürgermeister Prof. Weichmann

Bürgermeister Prof. Weichmann hat auf der Arbeitnehmerkonferenz der SPD am Sonnabend in Hamburg die Haltung des DEMAG-Konzerns kritisiert. Er meinte, die Haltung der Geschäftsleitung sei ein Beispiel dafür, wie notwendig eine Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben wäre.

Die Kampnagel AG soll, wie berichtet, ihre Produktion in den Werkhallen an der Jarrestraße in Barmbek einstellen. Als Grund wird von der DEMAG die schlechte Situation auf dem Stahlbaumarkt genannt.

Bürgermeister Weichmann erklärte dazu, die Führung eines Konzerns habe nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine gesellschaftspolitische Funktion. Hier habe keine „konzertierte Aktion“ zwischen dem Unternehmen, seinen Arbeitnehmern und dem Staat vorgelegen.

Der Senat berät heute darüber, ob sich Wirtschaftssenator Kern mit dem Konzern in Verbindung setzen soll. Es sei dabei zu klären, welchen Sinn die geplante Maßnahme habe, die nicht allein mit der Marktlage zu erklären sei. Man sei erstaunt darüber, daß der DEMAG-Konzern für eine gleichgeartete Fabrik in Düsseldorf-Benrath in der letzten Woche Arbeitskräfte gesucht habe.

Aus Senatskreisen wird außerdem darauf hingewiesen, daß bis zu dem Tage der Bekanntgabe der beabsichtigten Stilllegung auch bei Kampnagel in Hamburg noch Arbeitskräfte eingestellt und neue Lehrverträge abgeschlossen worden seien.

Prof. Dr. Weichmann glaubt zwar, daß die meisten Facharbeiter in Hamburg schnell neue Arbeitsplätze finden würden, es seien aber auch viele Härtefälle zu befürchten. Falls die Produktion eingestellt werde, möchte der Senat so schnell wie möglich die Werkanlagen von einem neuen Betrieb genutzt sehen.

Der Betriebsrat hat der Stilllegung bisher nicht zugestimmt. Er verlangt zunächst Einsicht in die Geschäftunterlagen. Der Vorsitzende der IG Metall Hamburg, Hugo Schreiber, meinte heute vormittag: „Wenn der DEMAG-Konzern seine Haltung nicht ändert, wird er voraussichtlich den Hamburger Hafen als bedeutenden Auftraggeber verlieren.“